

Von der Redaktion

Osterpause

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Osterpause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analyse Nr. 181 – erscheint am 24. April 2009. Für die nächsten Ausgaben planen wir u. a. Beiträge über die Wirtschaftskrise, das politische System, die soziale Lage und die Hochschulreform.

Wir hoffen, dass wir nach der Osterpause auch über eine feste Einigung bezüglich der längerfristigen Weiterfinanzierung der Russland-Analysen informieren können.

Erst einmal wünschen wir allen ein frohes Osterfest.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Regionalwahlen in Russland: Wahlergebnisse nach Maß

Von Grigorii Golosov, St. Petersburg

Zusammenfassung

Die Partei Einiges Russland ging aus den Regionalwahlen vom März 2009 als klarer Sieger hervor. Sie schaffte es damit, die Konkurrenz weitgehend zu verdrängen und die Machtvertikale bis nach ganz unten durchzuorganisieren. Die Wähler sehen heute kaum noch Alternativen zu Einiges Russland und zuweilen wird dem Wahlergebnis mit Zuckerbrot (materiellen Anreizen) und Peitsche (Karriereknick) nachgeholfen. Da die Bevölkerung in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht mehr mit dem steigenden Lebensstandard von den Vorzügen der Partei zu überzeugen ist, müssen neue Wege beschritten werden. Die sozial schwachen Schichten werden nun aktiv mobilisiert und die Wahlen selbst zu entpolitisierten Feiertagsveranstaltungen umgeformt. Mit all diesen Maßnahmen hat Einiges Russland eine neue »Wahlmaschine« konstruiert.

Wahlsieg von Einiges Russland

Am 1. März 2009 fanden in Russland turnusmäßig Regionalwahlen statt. Parlamente wurden in neun Regionen gewählt: in den »Republiken« Karabino-Balkarien, Karatschajewo-Tscherkessien, Tatarstan, Chakassien, in den Gebieten Archangelsk, Brjansk, Wladimir, Wolgograd und im Autonomen Bezirk der Nenzen. Noch kurz vor dem Urnengang hatten einige Experten die Vermutung geäußert, dass diese Wahlen einen Umschwung in der russischen Politik einläuten könnten: Die Partei Einiges Russland (Edinaja Rossija), die seit Dezember 2007 in allen Wahlen dieser Art haushohe Siege davongetragen hatte, werde letztendlich Schritt für Schritt ihre Monopolstellung in der Politik verlieren. Ausgangspunkt für derartige Prognosen war die Wirtschaftskrise, deren Einfluss auf die Lebensbedingungen in den Regionen schon vor dem Wahltag deutlich spürbar war.

In der Realität bewahrheitete sich diese Prognose nicht. Eine Reihe von Kommunalwahlen, die gleichzeitig mit den Regionalwahlen abgehalten wurden, endeten für Einiges Russland zwar enttäuschend, aber in ausnahmslos allen Regionalparlamenten errang die Partei die Mehrheit der Sitze: 52 von 72 in Karabino-Balkarien, 48 von 73 in Karatschajewo-Tscherkessien, 87 von 100 in Tatarstan, 53 von 75 in Chakassien, 38 von 62 im Gebiet Archangelsk, 47 von 60 im Gebiet Brjansk, je 27 von 38 in den Gebieten Wladimir und Wolgograd und 6 von 11 im Autonomen Bezirk der Nenzen. Diese bemerkenswerten Ergebnisse sind teilweise dem Prinzip des Mehrheitswahlrechts zu verdanken, das es einer Partei mit nur mäßiger Unterstützung in der Bevölkerung ermöglicht, die absolute Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Aber auch bei dem Anteil der Sitze, der über die Verhältniswahl, also über Parteilisten, vergeben wird, schnitt Einiges Russland gut ab. Außer im

Gebiet Wolgograd und im Autonomen Bezirk der Nenzen erhielt die Partei in allen Regionen mehr als 50 % der Stimmen. Somit wäre es vollkommen gerechtfertigt, den Auftritt von Einiges Russland bei den Regionalwahlen als insgesamt erfolgreich zu bezeichnen.

Die Wahlergebnisse im Überblick

	Einiges Russland	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Wahlbeteiligung
Republik Kabardino-Balkarien	72,3 %	8,4 %	7,0 %	12,3 %	-	83,6 %
Republik Karatschajewo-Tscherkessien	69,6 %	10,1 %	2,6 %	5,0 %	11,4 %	77,1 %
Republik Tatarstan	79,3 %	11,2 %	3,1 %	4,8 %	-	78,4 %
Republik Chakassien	57,3 %	14,7 %	10,2 %	7,2 %	7,3 %	50,3 %
Gebiet Archangelsk	51,9 %	16,6 %	10,0 %	17,8 %	-	38,0 %
Gebiet Brjansk	53,9 %	23,7 %	10,4 %	8,6 %	-	48,1 %
Gebiet Wladimir	51,3 %	27,8 %	8,9 %	8,8 %	-	33,9 %
Gebiet Wolgograd	49,5 %	23,6 %	9,8 %	13,3 %	1,2 %	42,1 %
Autonomer Bezirk der Nenzen	43,0 %	20,5 %	19,8 %	12,5 %	-	48,8 %

Quelle: Angaben der Regionalen Wahlkommissionen auf der Website der Zentralen Wahlkommission
www.cikrf.ru/

Die Regionalwahlen vom März haben gezeigt, dass die guten Wahlergebnisse von Einiges Russland vom sozialen Befinden in den Regionen weitgehend unabhängig sind. Wenn man die Erfolge der Partei früher noch mit einem »Sozialvertrag« zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation mit ihrer Loyalität beantwortete, erklären konnte, so muss man heute feststellen, dass die Wahlerfolge von Einiges Russland nun über andere Mechanismen erreicht werden.

Wo sind die Konkurrenten?

Von großer Bedeutung für die Dominanz von Einiges Russland sind die institutionellen Veränderungen, die während der zweiten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin, insbesondere in den Jahren 2004 bis 2007, durchgeführt wurden. Die größte Bedeutung kommt dabei der bewussten Beschränkung des politischen Wettbewerbs zu – nur eine begrenzte Anzahl von Parteien wird zu den Wahlen zugelassen. Bis zum Ende des Jahres 2003 gab es in Russland noch mehr als 40 offiziell registrierte Parteien. Seit Beginn des Jahres 2004 sinkt diese Zahl beständig. Heute gibt es in Russland nur vier aktiv auftretende Parlamentsparteien sowie zusätzlich die Partei der Patrioten Russlands mit Gennadij Semingin an der Spitze. Genau diese fünf Parteien nahmen auch an den

Wahlen am 1. März teil. Die Partei Jabloko ist seit dem Duma-Wahlkampf 2007 schwer mit Schulden belastet und ständig von Auflösung bedroht. Die neue Partei Gerechte Sache (Prawoe delo) war zu Beginn des Wahlkampfes noch nicht offiziell registriert.

Entscheidend ist aber nicht nur die Anzahl der Parteien. Auch in beschränkter Zahl könnten die Oppositionsparteien ernsthafte Konkurrenten für Einiges Russland werden, jedoch nur unter zwei Bedingungen: erstens müssten sie ernst zu nehmende Alternativprogramme vorlegen können, mit denen sich Wähler mobilisieren lassen und zweitens müssten sie auf regionaler Ebene einflussreiche Politiker auf ihre Seite bringen können. Keine der Parteien erfüllt auch nur eine dieser Bedingungen.

Zwei der vier Parteien, die bei den Regionalwahlen mit Einiges Russland konkurrierten – die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) und die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) –, sprechen nur einen eng begrenzten Wählerkreis an. Die ihnen gewährte anhaltende Unterstützung resultiert vor allem aus der antiquierten kommunistischen Rhetorik der Parteführer und der Persönlichkeit Wladimir Schirinowskis. Beide Parteien müssen diese Erkennungsmerkmale beibehalten, wenn sie ihre bereits errungene Position nicht gefährden wollen. Das bedeutet aber auch, dass sie weiterhin kaum Anziehungskraft auf breitere Wählerschichten ausüben.

Die dritte Partei, Gerechtes Russland (Sprawedliwaja Rossija), verfügt weder über ein klar umrissenes ideologisches Profil, noch über eine allgemein bekannte und beliebte Führungspersönlichkeit. Auf dem Höhepunkt ihrer Popularität, im März 2007, setzte die Partei all ihre Hoffnungen in die Aufnahme einflussreicher Vertreter der lokalen Eliten in die eigenen Reihen. Allem Anschein nach ist dem Parteführer Sergej Mironow die breite Anwendung dieser Taktik verboten worden und alle Verbote, die aus der Präsidialverwaltung kommen, werden von ihm streng befolgt. Somit konnte die Partei im Wahlkampf auf regionaler Ebene nur noch eine Nebenrolle spielen. Die vierte Partei, die Patrioten Russ-

lands, verfügt über keinerlei Ressourcen um ihre potenzielle Wählerschaft zu vergrößern.

So ist der Kreis der Konkurrenten von Einiges Russland auf Parteien beschränkt, die jede für sich abgeschottet in einer kleinen Nische existieren und die breiten Wählerschichten nicht ansprechen. Mit Ausnahme der unerschütterlichen Anhänger der Kommunisten und Wladimir Schirinowskis hat die Mehrheit der russischen Wähler allen Grund zu der Annahme, dass es keine Alternative zu Einiges Russland gibt. Dadurch aber verlieren die Wahlen ihren politischen Gehalt und die Loyalitätsbekundung wird zum einzigen möglichen rationalen Element bei der Stimmabgabe.

Die Rolle der Gouverneure

Die zweite institutionelle Veränderung, die für die Wahlen in Russland heute entscheidend ist, betrifft die Abschaffung der Gouverneurswahlen im Jahre 2004. Seitdem hat die Präsidialadministration den Gouverneuren wiederholt deutlich gemacht, dass die Chancen ihres politischen Überlebens direkt von ihrer Fähigkeit abhängen, der Partei Einiges Russland gute Wahlergebnisse zu bescheren. Gouverneure, die dieser zentralen Aufgabe nicht gerecht werden, müssen damit rechnen, nicht für eine weitere Amtszeit ernannt oder sogar vorzeitig entlassen zu werden. Angesichts dieser Gefahr unternahmen die Gouverneure ernsthafte Anstrengungen, die vom föderalen Zentrum gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die Präsidialadministration formuliert diese Aufgaben. Zu Beginn jedes Wahlkampfes werden die Gouverneure darüber in Kenntnis gesetzt, welche Ergebnisse Einiges Russland akzeptieren würde. Die Wahlergebnisse beweisen, dass derartige Vorgaben gewöhnlich mit großer Genauigkeit von den Gouverneuren erfüllt werden.

Die Regionalverwaltungen der unterschiedlichen Regionen haben natürlich nicht die gleiche Palette an einsetzbaren Mitteln zur Beeinflussung des Wahlergebnisses zur Verfügung. Und in einigen Fällen stehen die Ergebnisse der Regionalwahlen in überhaupt keinem Zusammenhang mit den tatsächlichen Willensäußerungen der Wähler; das heißt, sie sind das Resultat blanken Wahlbetrugs.

Ein klassischer Fall war die Wahl zur Volksversammlung in der Republik Inguschetien im Dezember 2007. Die offiziellen Wahlergebnisse unterschieden sich so stark von der Einstellung der Bewohner, dass es zu massiven Unruhen kam. Von den gerade durchgeführten Regionalwahlen kommen die Ergebnisse aus Kabardino-Balkarien diesem Modell offensichtlich ziemlich nahe. Typisch ist, dass bereits zwei Stunden nach Schlie-

ßung der Wahllokale die vorläufigen Wahlergebnisse für fast die Hälfte der Wahlbezirke auf der Internetseite der Zentralen Wahlkommission veröffentlicht wurden. Zudem unterschieden sich diese kaum von den endgültigen Ergebnissen. In der Regel zeugt eine derart schnelle Stimmauszählung von einer frühzeitigen Vorbereitung der Protokolle durch die Wahlkommissionen – schon vor den Wahlen.

Auf Grundlage zahlreicher, wenn auch zufällig gesammelter Daten steht zu vermuten, dass in den allermeisten Regionen Wahlergebnisse gefälscht werden, wenngleich das Ausmaß variiert. Verwunderlich ist das nicht, wenn man bedenkt, dass den regionalen Verwaltungen innerhalb der letzten Jahre die vollständige Kontrolle über die regionalen Wahlkommissionen übertragen wurde. Genauso wie der Gouverneur persönlich vor der Präsidialadministration die disziplinarische Verantwortung für den Ausgang der Wahlen trägt, gibt es in der regionalen Verwaltung Beamte, deren Karrierechancen direkt von den Wahlergebnissen abhängen. Die Mitglieder der Wahlkommissionen sind ihrerseits verantwortlich gegenüber diesen Beamten. Darüber hinaus ist die Tätigkeit in den Wahlkommissionen für die meisten einfachen Mitarbeiter eine wichtige Einkommensquelle. Die gut funktionierende Machtvertikale ermöglicht in vielen Fällen die Verfälschung der Wahlergebnisse.

Entpolitisierte Wahlen

Direkte Wahlfälschungen sind in den meisten Regionen jedoch nicht der entscheidende Punkt. Oft sind sie sogar überflüssig. Denn auch aus Sicht der föderalen russischen Machtorgane ist die Fälschung von Wahlen nicht das optimale Mittel, wenngleich es auch nicht als inakzeptabel betrachtet wird. Wichtig ist allein, dass Einiges Russland die Wahlen gewinnt. Und tatsächlich, wenn die Wahlen keinen politischen Inhalt mehr haben und auch die wichtigsten Alternativen nur für einen kleinen Kreis von potenziellen Wählern akzeptabel sind, muss man für den Wahlsieg nur noch zwei Bedingungen erfüllen: erstens, den entpolitisierten Charakter der Wahlen während des gesamten Wahlkampfes aufrecht erhalten, und zweitens, genügend Anreize schaffen, damit die Wähler zur Urne gehen und dort ihre Loyalität gegenüber den Machthabern bezeugen.

Die Entpolitisierung der Wahlen wird insbesondere auf Kosten politischer Fragestellungen erreicht. Keine der teilnehmenden Parteien stellt drängende politische Fragen, erst recht keine von lokaler Bedeutung. Diese Spielregel sollten alle Parteien ohne Ausnahme befolgen. Und damit dies auch tatsächlich so geschieht, wurden

früher häufig Methoden wie z. B. der Wahlauschluss bereits registrierter Parteilisten und Kandidaten angewendet. Manchmal wurde den Parteien Extremismus oder Verbreitung von nationalem / sozialem Hass vorgeworfen; häufiger aber führten formale Gründe zum Wahlauschluss: z. B. die Verletzung der Regeln zur Wahlkampfführung oder die Parteien strichen (unter entsprechendem Druck) selbst die Kandidaten von ihren Listen.

Heute ist das Parteienspektrum zwar ohnehin äußerst beschränkt, aber die genannten Methoden behalten ihre volle Wirksamkeit insbesondere in Bezug auf die unabhängigen Kandidaten in den Regionen, die aufgrund des gemischten Wahlsystems über Einzelwahlkreise ein Direktmandat erzielen können. In Bezug auf die Parteien hingegen ist es heute viel effektiver, das Wahlergebnis so zu »stricken«, dass die jeweilige Partei die bei der Verhältniswahl geltende Sperrklausel (in der Regel bei 7 %) nicht überwinden kann. Für alle Parteien (außer für die KPRF in einigen Regionen) ist dies eine reale Bedrohung. Um das Wahlergebnis von 8 oder 9 % auf 6,5 % sinken zu lassen, muss man nur unwesentliche Fälschungen vornehmen. Viele erinnern sich daran, dass die Union der rechten Kräfte (Sojus prawych sil) im März 2007 in einer ganzen Reihe von Regionen zwischen 6,5 und 6,99 % der Stimmen erhalten hat.

Da die Parteien solchem Druck ausgesetzt sind, vermeiden sie es Kampagnen zu Themen zu führen, die eventuell große Wählergruppen ansprechen könnten. Sie konzentrieren sich stattdessen auf eine allgemeine ideologische Rhetorik (KPRF) oder auf die personenbezogenen Lösungen ihrer gesamt russischen Führungs-persönlichkeiten (LDPR).

Mobilisierung der Wähler

Nachdem die regionalen Machthaber auf diesem Wege die Entpolitisierung der Wahlen erreicht haben, müssen sie sich der zweiten Aufgabe widmen: Es gilt dafür zu sorgen, dass die Wähler zur Bekundung ihrer Loyalität auch wirklich im Wahllokal erscheinen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, wurden in den meisten Regionen komplizierte Mechanismen geschaffen, die man als »Wahlmaschinen« bezeichnen kann. Deren wichtigstes Element ist die Mobilisierung der sozial abhängigen Schichten der Bevölkerung durch die Verwaltung – die wichtigste Gruppe sind dabei die Rentner. Es ist bekannt, dass diese in den 1990er Jahren den Grundstock der KPRF-Wähler bildeten. Im Laufe der letzten fünf, sechs Jahre wurde das staatliche soziale Sicherungssystem in weiten Teilen wieder hergestellt, was den Rentnern zwar nur kleine, aber dafür stabile und stetig anwachsende

finanzielle Mittel bescherte. Um diese Zahlungen zu erhalten (auch Geschenke an Feiertagen und andere materielle Zuwendungen) müssen die Rentner beständig mit den Organen der sozialen Sicherung zusammenarbeiten. Da aber der Gang zur Wahlurne eine traditionelle Form der sozialen Beteiligung für sie darstellt, ist es nicht weiter erstaunlich, dass ihre Mobilisierung für die Wahlen relativ einfach ist.

Die zweite große Gruppe innerhalb der sozial abhängigen Bevölkerungsschichten bilden die Angestellten im öffentlichen Dienst, vor allem die großen Berufsgruppen wie Lehrer und Ärzte. Da sie ein sehr kleines Gehalt bekommen und in vielerlei Hinsicht von den Direktoren ihrer Schulen und Kliniken abhängig sind, kann man auch sie im Laufe des Wahlkampfs leicht mobilisieren. Ihre Wichtigkeit für die Wahlmaschine liegt jedoch nicht nur in der Abgabe ihrer eigenen Stimme, sondern auch darin, dass viele von ihnen für die Agitation in der breiten Bevölkerung herangezogen werden können: Sie sollen andere davon überzeugen, zur Wahl zu gehen (und für Einiges Russland zu stimmen). In den Schulen geschieht dies auf Elternabenden, auf denen sich die Lehrer direkt an die Eltern wenden; oft wird auch extra angerufen. Es ist mittlerweile üblich geworden, dass die Klassenlehrer am Tag der Wahl die Eltern ihrer Schüler systematisch und mehrfach telefonisch dazu auffordern, zur Wahl zu gehen. Bekannt ist auch, dass Krankenhäuser eine hundertprozentige Wahlbeteiligung und eine fast hundertprozentige Stimmabgabe für Einiges Russland vorweisen. Immer häufiger sind in den letzten Jahren auch die Studierende der Hochschulen zum Ziel aktiver Wahlmobilisierung geworden.

Die dritte wichtige Gruppe innerhalb der sozial abhängigen Bevölkerungsschichten sind die Staatsangestellten selbst, die einen recht großen Teil der Bevölkerung Russlands ausmachen. Für sie ist die Teilnahme an den Wahlen und die Stimmabgabe für Einiges Russland im Grunde eine Dienstpflicht. Auch die Armeeangehörigen gehören zu dieser dritten Gruppe. Sie haben in Orten mit militärischen Stützpunkten und Militärschulen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang.

Immer häufiger werden auch Arbeitnehmer in privaten Unternehmen Ziel der durch die Verwaltung organisierten Wahlmobilisierung. Es sind viele Fälle bekannt, bei denen die Arbeitgebervertreter von den Arbeitnehmern verlangten, wählen zu gehen und am folgenden Tag ihre Teilnahme und die »richtige« Stimmabgabe durch einen mit dem Handy abfotografierten Wahlschein zu beweisen. In anderen Fällen sind solche Kontrollmittel nicht nötig, wenn z. B. die Teilnahme an den Wahlen in Form eines gemeinsamen Ausflugs der Mit-

arbeiter zum Wahllokal organisiert wird. Weit verbreitet sind auch Versammlungen während der Arbeitszeit, direkt am Arbeitsplatz. Während die von der Verwaltung gesteuerte Wahlmobilisierung am Arbeitsplatz für größere Städte eine vergleichsweise neue Methode darstellt, ist sie in ländlichen Gegenden und in den Kleinstädten vieler Regionen schon weit verbreitet und ganz alltäglich.

Mobilisierung auf Abwegen

Allein durch die Mobilisierung der sozial abhängigen Bevölkerungsschichten ist bereits eine gewisse Wahlbeteiligung gesichert. Einer der großen Vorteile ist, dass fast jeder aus diesen Gruppen für Einiges Russland stimmt. Ein klarer Nachteil dagegen ist, dass mit diesen Wählern insgesamt nur eine recht beschränkte Wahlbeteiligung sichergestellt werden kann. In ländlichen Gegenden hat diese Art der Mobilisierung enormes Potenzial, in den Großstädten aber kann sie grob geschätzt nur eine Wahlbeteiligung von 20 bis 30 % sichern. Zusätzliche Maßnahmen sind also notwendig, um die Wähler, die für direkten administrativen Druck kaum oder gar nicht empfänglich sind, an die Wahlurnen zu bringen.

Eine mögliche Maßnahme ist die massive Einflussnahme auf den Wähler durch die regionalen Medien, die in ihrer Mehrheit der direkten oder indirekten Kontrolle durch die regionalen Verwaltungen unterstehen. Die Medien – insbesondere das Fernsehen – erinnern den Wähler beständig an die bevorstehenden Wahlen, wobei nicht vordergründig auf die Wahl als solches verwiesen wird (die es ja in Wirklichkeit gar nicht gibt), sondern darauf, dass die Teilnahme an den Wahlen Bürgerpflicht sei, eine angesehene Form von Sozialverhalten und ein Zeichen von »erwachsen sein« darstelle: Ein Großteil dieser Propaganda richtet sich direkt an die Jungwähler. Außerdem erinnern die Medien daran, dass nach der Stimmabgabe in den Wahllokalen die eine oder andere materielle Anerkennung bereit stehe und auch ein bisschen Unterhaltung geboten werde.

Meinen Beobachtungen nach ist der letztgenannte Aspekt für die Sicherung einer hohen Wahlbeteiligung

immer wichtiger geworden. Materielle Anreize gibt es in Form von Souvenirs und Essen, das kostenlos oder sehr günstig angeboten wird. In einigen Fällen können auch andere Verbrauchsgüter erworben werden. Verbreitet ist ebenso die Durchführung von verschiedenen Lotterien am Wahltag. Diese Praxis ist zwar gesetzlich verboten, das Verbot wird aber umgangen, indem die Lotterielose am Wahltag nur ausgegeben werden und die Ziehung der Lose, so wird den Wählern versprochen, erst später durchgeführt wird. Auf den Straßen finden kostenlose Aufführungen, Konzerte und Volksfeste statt, mit denen die Wähler zunächst auf die Straße gebracht werden sollen, um sie dann von der Erfüllung ihrer Bürgerpflichten zu überzeugen. So wird ein wichtiges Ereignis des politischen Lebens bewusst in einen gut besuchten »Feiertag« umgewandelt, in ein Vergnügen ohne politisch relevante Inhalte.

Ausblick

Die beschriebene Wahlmaschine muss im Blick behalten, wer die Perspektiven der politischen Entwicklung Russlands bewerten will. Ohne Zweifel wird die kritische Einstellung zu den Machthabenden in der Bevölkerung anwachsen, solange die Wirtschaftskrise andauert. Das heißt aber nicht, dass diese kritischen Stimmen bei den Regionalwahlen auch hörbar werden. So wie es heute geschieht, werden sie auch in Zukunft von den Wahlmaschinen ausgebremst werden. In den meisten Regionen (mit Ausnahme einiger Republiken) sind die Wahlmaschinen erst vor kurzem in Betrieb genommen worden: Bei den Duma-Wahlen 2007 wurden sie zunächst intensiv ausprobiert und erst bei den Präsidentschaftswahlen 2008 vollends zum Laufen gebracht. Wenn man die Maschinen auf Hochtouren laufen lässt, kann die heutige Situation ziemlich lange Zeit aufrecht erhalten werden, unabhängig von der politischen Stimmung in der Gesellschaft. Grundlegende Veränderungen wird es nur im Falle einer wesentlichen Veränderung des gesamtrussischen politischen Kontextes geben.

Übersetzung: Judith Janiszewski

Über den Autor

Prof. Grigorii Golosov ist Direktor des Inter-Regional Electoral Network of Assistance (IRENA).